

---

**8343/J XXVII. GP**

---

Eingelangt am 22.10.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm  
und weiterer Abgeordneter  
an den Bundesminister für Arbeit  
betreffend **Folgeanfrage zu 7356/AB Auskünfte nach dem Auskunftspflichtgesetz  
2020/2021 in Sachen Coronamaßnahmen**

**Bundesminister Univ.Prof. Dr. Martin Kocher hat folgenden Antwort zur Frage 11  
übermittelt:**

*Zur Frage 11*

*Bei wie vielen Ansuchen nach dem Auskunftspflichtgesetz in den Jahren 2010 bis 2019 an das Bundesministerium für Arbeit (Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz) wurde von der gesetzlich vorgeschriebenen Bescheid-Erlassung Gebrauch gemacht (Auflistung nach den einzelnen Jahren)?*

*Im angefragten Zeitraum wurden fünf Fälle nach dem Auskunftspflichtgesetz innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist bescheidmäßig erledigt.*

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit nachstehende

### ANFRAGE

- 1) Um welche Beauskuntfungen handelte es sich inhaltlich bei den bescheidmäßig erledigten fünf Fällen?
- 2) Ging es bei diesen Beauskuntfungen um Sachverhalte im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen?
- 3) Wurden diese bescheidmäßig erledigten Fälle durch die Einschreiter rechtlich bekämpft?
- 4) Wenn ja, auf welche Art und Weise?